Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/020/2012

der 20. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land - **öffentlicher Teil** -
am Mittwoch, dem 21.03.2012, 17:04 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Rydzewski, Sieghardt

Fraktion CDU

Etzold, Stephan

Golder, Barbara

Götze, Wolfgang

Horny, Hans-Joachim Dr.

Melzer, Uwe

Reinboth, Gerd

Ronneburger, Jürgen

Schröter, Fritz

Tanzmann, Frank

Ulich, Antje

ab 17:15 Uhr

Ungvari, Johannes

Waldenburger, Karsten Dr.

ab 17:12 Uhr

Fraktion SPD

Backmann, Kathrin

Diedrich, Peter Dr.

Franke, Sabine

Krause, Wolfgang

Prehl, Ingo

Repkewitz, Christian

Scholz, Wolfgang

bis 18:35 Uhr

Schubert, Hartmut Dr.

ab 17:12 Uhr

Stange, Steffen

Wolf, Michael

ab 18:15 Uhr

Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Bergner, Peter

Börngen, Klaus

Fache, Sabine

Hübschmann, Klaus

Klaubert, Jana

Klaubert, Kati

Plötner, Ralf

Sojka, Michaele

Tempel, Frank

Fraktion FDP

Heitsch, Hans-Jürgen
Hermann, Rolf
Scheidel, Daniel

bis 18:30 Uhr

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter
Liefländer, Klaus-Peter
Reimann, Thomas
Schleicher, Wolfgang

Beigeordnete

Gräfe, Christine

Fachbereichsleiter

Boße, Ludger
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion CDU

Gumprecht, Christian
Lorenz, Kathrin
Nündel, Thomas

LT-Sitzung
dienstliche Gründe
persönliche Gründe

Fraktion SPD

Schemmel, Volker
Schwerd, Dirk
Zehmisch, Martina

krank
krank
private Gründe

Fraktion Die Linke.Aaltenburger Land

Burkhardt, Bernd

Urlaub

Fraktion FDP

Kunze, Harald Dr.

Dienstreise

Vorsitz: Fritz Schröter

Schriftführung: Mareile Köhler

Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr

Ende der Sitzung: 18:43 Uhr

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Jahr 2012	KT-DS/166/2012
2	Finanzplan einschließlich Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 des Landkreises Altenburger Land	KT-DS/167/2012

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Schröter, eröffnet die 20. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die oben stehende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

KT-DS/166/2012**TOP 1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Jahr 2012**

Der Vorsitzende ruft die Beratung zur o. g. Drucksache auf und bittet zu beachten, dass im Ergebnis der gemeinsamen Sitzung von FA und KA sowie nach Empfehlung des LVA heute neue Austauschblätter vorliegen. Die mit der Einladung übersandten Blätter sind nicht mehr gültig.

Er übergibt das Wort an den Landrat.

Der Landrat geht eingangs darauf ein, dass die Verwaltung im Oktober letzten Jahres einen gesetzeskonformen und ausgeglichenen HHPI-Entwurf 2012 vorgelegt hat, der die zu diesem Zeitpunkt bekannten Auswirkungen der Sparmaßnahmen des Landes beinhaltet. Die Schlüsselzuweisung sollte um mehr als 4 Mio. € gegenüber 2011 gekürzt werden. Das Land macht es sich einfach und bedient sich zur eigenen HH-Konsolidierung in hohem Maße bei den Kommunen. Der HH-Ausgleich im 1. Entwurf konnte rechnerisch zunächst nur über eine erhebliche Steigerung der Kreisumlage (rd. 3,4 Mio. € mehr) hergestellt werden. Der Landrat erinnert daran, dass die Vorstellung des Finanzministers dahin geht, die verminderten Schlüsselzuweisungen durch erhöhte Steuereinnahmen der Gemeinden auszugleichen. Da die Landkreise aber keine Steuereinnahmen haben, bleibt nur die Kreisumlage. Nach Protesten der Landkreise, Städte und Gemeinden gab es dann Ende des Jahres marginale Verbesserungen, die aber keine Lösung für die Zukunft sind. Die Kürzung der Schlüsselzuweisung beträgt jetzt gegenüber 2011 immer noch rd. 3,2 Mio. €. Im Weiteren geht der Landrat auf die schwierige Diskussion in den Ausschüssen ein, die den Anschein erweckte, als habe die Verwaltung die Probleme verursacht. Dabei war es doch gemeinsames Ziel, bei der Gestaltung des HH-Entwurfes die Belastungen für die Städte und Gemeinden weiter zu vermindern. Der Landrat nennt einige Eckpunkte, die dazu geführt haben, dass das mit dem heute vorliegenden Material erreicht wurde (immer konkretere Zahlen aus Erfurt zu den Zuweisungen, eingesparte Mittel aus dem HH-Vollzug 2011 und Veränderungen bei verschiedenen Planansätzen). Letztlich erfolgte die Verplanung der letzten freien Mittel gerechnet bis 2015 in der gemeinsamen Sitzung von FA und KA. An Beispielen zeigt er die auf politischem Weg herbeigeführten Risiken für ein eintretendes HH-Defizit auf (Mehreinnahmen bei der Grundsicherung werden zukünftig verrechnet, anstehende Tarifverhandlungen mit Forderung der Gewerkschaft von 6 % mehr, geplant sind 1,2 %,

ÖPNV in Thüringen nicht sicher ausfinanziert, ob und welche Mittel fließen unklar, keine Mittel für Vorbereitung der Umstellung auf Doppik). Des Weiteren ruft er die schon mehrfach dargestellten Investitions- und Sanierungsdefizite in Erinnerung, da in den letzten Jahren jeweils weniger als die Hälfte der erforderlichen Mittel für Sanierungen ausgegeben werden konnte. Das führt dazu, dass der Investitionsstau deutlich steigt und die Probleme sich in die Zukunft verlagern (Substanzverzehr). Allein der Investitionsbedarf an Schulen muss derzeit mit mindestens 34 Mio. € veranschlagt werden. Zum Thema Jahresabschluss 2011 und Einsatz von erwirtschafteten Mitteln zur Senkung der Kreisumlage merkt der Landrat grundsätzlich an, dass die Verwaltungen gehalten sind, die vorhandenen HH-Mitteln sparsam einzusetzen und sämtliche Reserven zu erschließen, um ein positives Jahresergebnis zu erreichen. Die so erwirtschafteten Mittel werden üblicherweise im Folgejahr, wenn der Jahresabschluss feststeht, der Kreisrücklage zugeführt. Das hat der Kreistag 21 Jahre so gemacht in dem Wissen, dass diese Gelder die einzige Möglichkeit zur Gewinnung zusätzlicher Investitionsmittel sind und die damit finanzierten Maßnahmen die Kreisumlage nicht belasten. Ohne Rücklagen aus den letzten Jahren könnten z. B. die jetzt vom Freistaat an den Landkreis übertragenen Landesstraßen nicht saniert werden, denn die dafür erforderlichen Eigenmittel kommen aus diesem Topf. Damit soll nach den derzeit über die Presse verbreiteten politischen Äußerungen nun Schluss sein. Positive, auch ungeprüfte Jahresabschlüsse werden sofort vornehmlich zur Absenkung der Kreisumlage eingesetzt. Es gibt keine freien Spitzen und in Zukunft keine Reserven mehr, Neues kann nicht mehr begonnen und auf eintretende Schadensfälle kann nicht reagiert werden, es gibt also keinen Handlungsspielraum. Der Landrat konstatiert, dass diese Vorgehensweise einmalig in Thüringen sein dürfte und sich jeder Einzelne fragen muss, ob das noch eine gesunde Kreispolitik ist.

Es folgen ausführlich Darlegungen zu den Zahlen im HH-Plan 2012 (siehe Akte).

Abschließend bittet er die KTM, dem HH zuzustimmen, damit es weitergeht. Das Zahlenwerk macht vermutlich keinen glücklich. Es ist aber auf alle Fälle besser, einen HH zu haben. Keinen zu haben, hieße Stillstand und den kann keiner gebrauchen.

Herr Tempel, Vorsitzender der Fraktion DieLinke, merkt positiv an, dass man trotz der Wahlkampfzeit doch recht sachlich miteinander umgegangen ist, was sicher auch daran lag, dass in der gemeinsamen Sitzung über eine bestimmte Summe diskutiert werden konnte. In den letzten Jahren hat seine Fraktion hauptsächlich aus 2 Gründen (Verfassungswidrigkeit durch fehlenden Gestaltungsspielraum der Kommunen und fehlende Beteiligungsmöglichkeit des Kreistages bei der Aufstellung des HH) den HH abgelehnt. Diesmal war etwas Beteiligungsmöglichkeit bei der Verwendung des noch nicht verarbeiteten möglichen Überschusses aus 2011 vorhanden. Die Diskussion im FA und KA sowie in den Fraktionen war kein Kuhhandel, sondern es wurde genau das gemacht, was der Kreistag machen soll, Diskussion, Argumente einbringen, Schwerpunkte setzen und mehrheitliche Entscheidungen akzeptieren. Herr Tempel fordert, dass der Kreistag auch künftig in dieser Art einen bestimmten Teil des Kreis-HH mitgestalten kann. Er teilt deshalb nicht die Meinung des Landrates, die Verwaltung muss einen ausgeglichenen HH vorlegen. Der demokratischen Mitgestaltung muss hier mehr Raum gegeben werden. Dass diesmal die Diskussion nicht so sehr um die Personalkosten ging, hat er mit Zufriedenheit festgestellt. 1,2 % Tarifsteigerung sind im HH berücksichtigt, allein das Arbeitgeberangebot würde 2,1 % für dieses Jahr bedeuten. Für die Zukunft schlägt er vor, bei der Berechnung möglicher Steigerungen die Inflationsrate zu Rate zu ziehen. Der für die Straßen auf Vorschlag der CDU eingearbeitete Teil ist mit Blick auf das Kreisstraßennetz verständlich. Der Zustand der Kreisstraßen zeigt, dass hier der Kreis seiner Pflichtaufgabe nicht mehr gerecht wird, denn der Investitionsstau ist enorm. Zu dem für die Abfederung der Kreisumlagerhöhung eingesetzten Anteil merkt er an, dass ja aus dem möglichen Überschuss 2011 bereits 1 Mio. dafür verwendet wurden,

jetzt nun noch einmal von dem Rest, der eventuell in die Rücklage gekommen wäre, ein weiterer Teil. Er fragt sich, wo man mit dieser Verfahrensweise hin will, schon allein das Arbeitgeberangebot bei den Tarifverhandlungen läuft auf eine HH-Sperre hinaus. Nicht nur Städte und Gemeinden brauchen Gestaltungsspielräume. Die momentan vom KT eingeschlagene Finanzpolitik würde bedeuten, es gibt 2 HH im Jahr, einen HH und einen Nachtrags-HH. Den Rest kann man sich sparen, denn die kommunale Arbeit machen die Städte und Gemeinden. Übrig bleiben für den Landkreis nur noch die Pflichtaufgaben und die auch nur noch teilweise. Für ihn ist das mittlerweile eine einseitige Geschichte geworden, wo es nur um die Städte und Gemeinden geht. Man sollte doch versuchen, dass Städte, Gemeinden und Kreis sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Alle sollten die Möglichkeiten haben, die Last gemeinsam zu tragen, aber auch gemeinsam Chancen haben.

Herr Melzer stellt eingangs fest, dass der Landkreis das bei der HH-Vorstellung aufgezeigt Horrorszenerario nicht verdient hat. Angesichts der in den nächsten Jahren kommenden Dinge, muss es eine engere Zusammenarbeit geben, denn mehr Geld wird es nicht geben. Die Kreisträte haben sich um den Kreis gekümmert, aber der Kreis ist Gemeindeverband und besteht aus Gemeinden. Deshalb ist eine intensive Zusammenarbeit notwendig. Der im Oktober vorgelegte HH kam aus Sicht der CDU-Fraktion viel zu früh. Das FAG war noch nicht beschlossen und es waren außer den gesetzlichen Grundlagen keine belastbaren Zahlen da. Somit war der HH für alle Kreisträte undiskutabel und nach Meinung von Herrn Melzer reine Geldverschwendung. Nach Beschluss des FAG wurde dann ein entsprechender HH-Entwurf vorgelegt mit einer vorgesehenen Kreisumlageerhöhung von 837 T€. Er dankt der Verwaltung für die intensive Arbeit. Allerdings stellte er sich die Frage, wie die Kommunen des Landkreises damit klarkommen, haben sie die Chance, neben ihren Pflichtaufgaben freiwillige Leistungen zu erfüllen. Nicht umsonst hat er in der KTS 15.2. gefragt, wie viele Kommunen einen HH 2012 zustande bekommen und wie viel davon unter Berücksichtigung von Rücklagen. Eine Antwort hat er nicht bekommen. Von den Gemeinden seiner VG weiß er aber, dass alle an ihre Rücklage herangehen mussten, einige sogar an die Pflichtrücklage. Das am 15.2. nein zum HH gesagt wurde, war nichts Schlimmes, sondern Verantwortung gegenüber den Mitgliedsgemeinden und auch in kreisliches Vermögen kann nun noch investiert werden. Im Weiteren nennt Herr Melzer die Haupteinnahme- (Schlüsselzuweisungen, Auftragskostenpauschale, Kreisumlage, Einnahmen für Sozialleistungen) und -ausgabepositionen (Sozialleistungen, Personalkosten, Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Baumaßnahmen) des HH und stellt die Abweichungen zum Vorjahr dar (siehe auch Vorbericht). Ansatzpunkte des KT zur Reduzierung, die aufgrund der Gesamtsituation zukünftig erforderlich sind, sieht er beim Personal, den kommunalen Einrichtungen, dem Kommunalvermögen und bei Investitionen. Zum Thema Personal merkt er an, dass die Bemühungen der Verwaltung anzuerkennen sind, denn die Personalkosten sind nicht weiter gestiegen, 10 Stellen wurden abgebaut und das Arbeitgeberangebot zur Arbeitszeitverkürzung wurde von 58 % der Beschäftigten angenommen. Trotzdem werden Reserven gesehen, insbesondere in der Verteilung des Personals, was seiner Meinung nach ggf. zu Reduzierungen führen kann. Beispiele nennt er aus dem BOA und dem FD Wirtschaftsförderung, wo gespart werden könnte und das Kommunalamt und die Rechnungsprüfung, wo sich Arbeit aufstaut. Bei den kreislichen Einrichtungen nennt er das Theater, wo er dringend die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes einfordert, den Flugplatz, wo Plan B Errichtung von Fotovoltaikanlagen begonnen wurde und zu hoffen ist, dass für weitere Flächen Baurecht geschaffen wird, das Seniorenzentrum Meuselwitz, wo der Anteilsverkauf nicht gelungen ist, und den Verkauf Tannenfeld, wo seiner Meinung nach zu viele Bedingungen gestellt wurden. Bezüglich der Investitionen merkt er an, dass die angesparten Mittel in der nächsten Zukunft dafür sinnvoll verwen-

det werden, aber 2014 die Mindestrücklage erreicht ist. Für die CDU-Fraktion ist der jetzt vorliegende HH ein Kompromiss, der mehrheitliche Zustimmung finden wird.

Herr Liefländer, Vorsitzender der Fraktion Die Regionalen, bringt zum Ausdruck, dass man nicht die Mittel zur demokratischen Mitgestaltung hat, sondern entscheiden soll, wo es nichts zu entscheiden gibt. Der Kreistag sollte im Sinne seiner Bürger das Geld für sinnvolle Investitionen einsetzen, dafür sorgen, dass die Verkehrsinfrastruktur für die Bürger und die ortsansässigen Firmen bessere Bedingungen bietet, weiche Standortfaktoren verbessern, für ein angemessenes Bildungs- und Kulturangebot sorgen sowie den kreiseigenen Gesellschaften und kreisangehörigen Gemeinden durch eine angemessene Finanzausstattung die notwendige Luft zum Atmen lassen. Dafür braucht aber der Kreis seinerseits eine solide Finanzausstattung. Dabei geht es insbesondere um freie Mittel, über deren Verwendung die Kreisräte entscheiden können. Es gibt schon lange nicht mehr die freie Entscheidung demokratisch gewählter Volksvertreter, es geht nur noch um Sach- und Sparzwänge. Im Januar hat seine Fraktion gesagt, dass sie dem HH nicht zustimmen wird. Aufgrund fehlender Landeszuweisungen war die Steigerung der Kreisumlage um voraussichtlich 3 Mio. € zu verzeichnen, nun ist es durch Nachbesserungen nur noch ein Anstieg von 837.303 €. Zwar hat Herr Liefländer Verständnis dafür, dass man von der bisherigen Praxis weg kommen muss, den Lebensstandard auf Pump zu Lasten künftiger Generationen erhalten zu wollen und deshalb das Land eine Neuverschuldung um jeden Preis vermeiden will, aber den schrumpfenden Landes-HH durch Kürzung der freien Mittel der Kreise und Kommunen ausgleichen zu wollen, ist für ihn zu einfach, zumal sich auch die zweckgebundenen Zuwendungen des Landes verringern. Wenn dem HH zugestimmt wird, dann erfolgt das nicht, um selbst handlungs- und entscheidungsfähig zu werden sondern um die Komplementärmittel bereitzustellen, damit die vom Land bezuschussten Vorhaben durchgeführt werden können. Als größte Einzelausgabenposition im VwH mit 1,738 Mio. € sieht er den Theaterzuschuss, von dem man meinen könnte, dass der in freier Entscheidung bei den Kreisräten liegt. Aber auch hier hat das Land seine Finger im Spiel. Herr Liefländer wiederholt seine an anderer Stelle mit Bezug auf die Bezeichnung Landestheater Altenburg und Theater und Philharmonie Thüringen geäußerte Forderung, dass Land soll die Kosten dafür tragen, wenn es sich ein Landestheater leisten kann und will. Die Regionalen sind nicht länger bereit, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, dass Geld für die Bildung, den Straßenbau, eine angemessene Unterstützung der wichtigen Ehrenamtsarbeit, andere Kultur- und Bildungseinrichtungen usw. fehlt, was mindestens ebenso wichtig für das Ansehen und die Lebensqualität des Landkreises ist, wie das Theater. Es kann nicht sein, dass der Landkreis 20 % des Gesellschaftsanteils an der TPT hält, aber weit mehr als das Doppelte an finanzieller Belastungen trägt wie der Gesellschafter Stadt Altenburg. Ähnlichkeiten sieht er auch beim Lindenau-Museum, das ohne Zweifel ein überregionales Aushängeschild ist, aber dessen regionale Bedeutung sich eher in Grenzen hält. Herr Liefländer hat größte Bauschmerzen bei dem Gedanken, dass er diesem HH gleich zustimmen soll. Der Verwaltung dankt er für die Arbeit, hat aber Zweifel, ob der HH hält. Er hat sich wählen lassen, um im Sinne der Bürger mitbestimmen zu können. Angesichts der HH-Zwänge kann von einer echten Mitbestimmung nicht mehr die Rede sein. Von den Landtagsabgeordneten in Regierungsverantwortung, die gleichzeitig Kreisräte sind, erwartet er, dass sie endlich ihrer Verantwortung für die Region gerecht werden und für eine Umstellung des Kommunalfinanzierungssystems eintreten, weg von Subventionspolitik hin zu mehr Eigenverantwortung der Kreise und Kommunen. Auch der KT muss seinen Beitrag dazu leisten, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen. Das Potenzial dafür sehen Die Regionalen nicht so sehr beim Personal, sondern in der schrittweisen Reduzierung des kreislichen Zuschusses für das Theater und in der Korrektur der vom Kreistag vor Jahren falschen Weichenstellung beim Klinikum. Zumindest über die teilweise Veräußerung der Gesell-

schaftsanteile des Kreises sollte nachgedacht werden. Die Fraktion hat lange diskutiert, ob sie dem HH noch einmal zustimmen sollte, ist aber nicht zu einer einheitlichen Meinung gelangt, informiert er abschließend. Die Nein-Stimmen sollten als deutliches Signal Richtung Erfurt und als Zeichen gegen den Ausverkauf der Kreisreserven verstanden werden. Eigentlich hatte sich die Fraktion darauf verständigt, dass es eine weitere Erhöhung der Kreisumlage mit ihren Stimmen nicht mehr geben wird. Nach dem Kuhhandel zwischen SPD und CDU, mit dem auch die letzten Reserven des Kreises auf die nächsten Jahre u. a. zugunsten einer Reduzierung der Kreisumlagerhöhung verbraucht wurden, steht ja bereits jetzt fest, dass es im nächsten Jahr mit der Erhöhung der Kreisumlage weitergehen wird. Hoffentlich sind die Vertreter der anderen Fraktionen so ehrlich, offen zu sagen, dass durch diesen geschickten Schachzug die Reserven gegen Null gefahren worden sind.

Da der Fraktionsvorsitzende kurzfristig erkrankt ist, legt Herr Wolf den Standpunkt der SPD-Fraktion dar. Er nimmt die enormen Einschnitte beim KFA zum Ausgangspunkt und dankt zunächst der Verwaltung für die HH-Erstellung unter diesen Bedingungen. Positiv ist der Beitrag, den auch das Personal des LRA dazu geleistet hat, ohne diesen Beitrag geht es einfach nicht mehr. Als kritisch wird das Investitionsvolumen des Landkreises angesehen. Die Ursache dafür ist nicht darin zu sehen, dass die Kreisumlage nicht so steigt, wie ursprünglich vorgesehen. Zum Landkreis gehören viele Kommunen und diese sind sein Grundgerüst. Wenn die Kommunen nicht in der Lage sind, ihre HH ausgeglichen zu gestalten und zu investieren, dann wird es auch keinen Landkreis geben, der sich dementsprechend entwickelt. Herr Wolf verwahrt sich gegen den Vorwurf, die letzte freie Spitze verfrühstückt zu haben. Die der Kommunen sind es schon lange, in dem seitens des Freistaates immer weniger Schlüsselzuweisungen gegeben werden und auf der anderen Seite die Kreisumlage massiv hoch geschraubt worden ist. Anhand des Vergleichs 2007 mit 2012 sowie der Positionen Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage miteinander (siehe S. 8 HHPI) belegt er dies und begründet den Einsatz der freien 538 T€ aus dem Jahresabschluss 2011, die nicht im Finanzplan standen aber tatsächlich vorhanden waren. Positiv vermerkt er das beim Flugplatz wahrgenommene Konsolidierungspotenzial. Kritisch setzt er sich mit der Meinung des Landrates auseinander, die Kreisräte hätten Verantwortung zu übernehmen und Einsparvorschläge zu bringen. Solche Vorschläge sollten gemeinsam eingebracht werden, denn beide Seiten sind verantwortlich. Der Landrat hat aber die Verpflichtung, diese vorzubereiten und in die Diskussion einzubringen. Im Folgenden stellt Herr Wolf dar, welche Dinge der SPD-Fraktion wichtig sind (Bildung, an Gesellschaftsform des Klinikums nicht rütteln, Leistungsfähigkeit der Kommunen gewährleisten, gemeinsam wichtige Projekte für den Landkreis voranbringen) und setzt sich mit anderen Meinung seiner Vorredner auseinander (Theater wird nicht mit Bildung in Verbindung gebracht, Einnahmen aus Klinikprivatisierung stehen nur einmal zur Verfügung, Solidarität, damit alle mit den immer weniger werdenden strukturellen Mitteln gemeinsam den Aufgaben nachkommen können). Noch nicht begonnen wurde die Debatte, was man sich noch leisten kann, denn es wird noch sehr viel schwieriger werden. Dafür die Dinge zu opfern, die seit Jahrzehnten wichtig und ein Aushängeschild des Region sind, hält er für grob fahrlässig. Die SPD-Fraktion sieht in dem vorliegenden HH, auch wenn er Ecken und Kanten hat, einen Minimalkonsens und wird ihm zustimmen.

Frau Sojka erklärt, warum sie sich heute der Stimme enthält. Die freie Spitze war deshalb vorhanden, weil es im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket Mittel gab, mit denen u. a. Schulsozialarbeit finanziert werden sollte und weil beispielsweise der Essensgeldzuschuss gestrichen wurde. Als Zeitverschwendung, wie Herr Melzer sieht sie nicht die frühzeitige Vorlage des HH-Entwurfes, allerdings hätte er sofort öffentlich gemacht werden müssen, um mit den Bürgern über die Ideen und Vorschläge

zu diskutieren. Mit einem Bürgerhaushalt, den einzelne Kommunen schon machen, kann man abschätzen, ob dieser oder jener Vorschlag mehrheitsfähig ist. Mit Blick auf die Politik des Landes und die Unwägbarkeiten, z. B. wie der KFA 2013 aussieht, fordert sie eine breite politische Diskussion, wo man auch andere Meinungen gelten lassen muss. Sorge bereitet ihr der Tarifabschluss, weil die Tarifsteigerung nicht im HH eingestellt ist und zu befürchten ist, dass die Plünderung der Rücklage auf Kosten der Beschäftigten im Landkreis erfolgt. Im Altenburger Land werden überall gute Löhne gebraucht und da wo man Einfluss darauf hat, kann man sich nicht selbst beschränken. Zu befürchten ist ebenso, dass die Jugendhilfeausgaben zukünftig steigen, weil man sich keine Präventivmaßnahmen mehr leistet, und dass Theater und Museen nur noch als Last gesehen werden. Frau Sojka plädiert für einen Bürgerhaushalt, damit nicht die KTM erst am letzten Tag miteinander reden, sondern vorher mit den Menschen, damit das gefunden wird, was möglicherweise mehrheitsfähig ist. Gebraucht werden Visionen und man muss sich auf die irgendwann kommende Gebietsreform vorbereiten.

Herr Schleicher macht an Herrn Wolf gerichtet deutlich, dass Die Regionalen nicht gegen das Theater sind. Es sei legitim, hier darüber zu sprechen, wie das Theater in Zukunft finanziert werden kann und soll. Dem Antrag der SPD-Fraktion, den HH in den Finanzausschuss zurückzuverweisen hat er zugestimmt, weil er Klärungsbedarf sah, da von aufgetauchten Geldmitteln die Rede war. In gemeinsamer Sitzung von FA und KA vor 14 Tagen wurden dann festgestellt, dass bei planmäßiger Verwendung bis 2015 530 T€ freie Geldmittel zur Verfügung stehen werden. Die schwarz-roten Schatzsucher hatten schnell ihre Wünsche formuliert und nach gut 10-minütigem Feilschen waren die Geldbeträge für die Wunschliste ausgehandelt. Am nächsten Tag dann konnte man in der Zeitung lesen, dass dank der Reduzierung der Kreisumlageerhöhung der HH der Stadt Altenburg rund sei. Mit Hinweis auf die Aussage in den Unterlagen, dass in den kommenden Jahren die Kreisumlage weiter erhöht werden muss, um das zu erwartende Finanzierungsloch wieder zu stopfen, bemängelt Herr Schleicher die Unwilligkeit der Kreisräte, strukturentscheidende Maßnahmen zu beschließen. Keine einzige Sparmaßnahme aus der so genannten „Liste der Grausamkeiten“ wurde umgesetzt. Stattdessen werden neue Beschlüsse mit finanziellen Verpflichtungen gefasst, offene Baustellen, wie Theater, Flugplatz und Lindenau-Museum bleiben unberücksichtigt und die Rücklage wird auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß heruntergefahren. Geld für den Straßenbau einzusetzen mag richtig und notwendig sein, aber müssen die Mittel sofort bis 2015 restlos verbraucht werden. Für falsch halten Die Regionalen die Entscheidung, Geld für die Reduzierung der Kreisumlagerhöhung zu verwenden, solange es eine Kreisumlage gibt. Die Kreisumlage kann nur nachhaltig im Rahmen gehalten werden, wenn Sparmaßnahmen umgesetzt oder Landeszuschüsse erhöht werden.

Herr Scholz verwahrt sich gegen die Aussage des Landrates, die Kreisräte würden nur als einzige Aufgabe sehen, die Kreisumlage zu senken. Die Kreisräte haben Interesse daran, den Kreis voranzubringen und der Kreis kann nur mit den Städten und Gemeinden leben.

Herr Ronneburger hätte sich Bezug nehmend auf den Beitrag von Herrn Schleicher gewünscht, dass sich die Regionalen an der HH-Diskussion beteiligt und auch mal einen vernünftigen Antrag zur Veränderung gebracht hätten.

Zum Abschluss der Diskussion stellt der Landrat klar, dass mit der Vorlage des HH-Entwurfes im Herbst nicht die Absicht verbunden war, diesen zur Zustimmung zu bringen. Mehrfach wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass die Schlüsselzuweisung zu Gunsten des Landkreises verändert wird und dass in diesem Prozess gemeinsam auch die Kreisumlage zu senken ist und Vorhaben zu definieren sind. Nur unter diesem As-

pekt wurde der HH vorgelegt. Außerdem erinnert der Landrat an die HH-Klausur, wo er 2 Seiten Themen vorgelegt hat mit der Bitte, diese mit der Kreisverwaltung zu diskutieren. Das wurde verweigert. Schlussfolgernd regt er an, dass vielleicht vor der HH-Erstellung erst einmal beschlossen wird, wie viel Geld im HH stehen muss und wie viel investiert werden soll, um hinterher dann über jede einzelne freiwillig Leistung zu diskutieren. Im Weiteren setzt er sich mit einigen in der Diskussion, insbesondere von Herrn Melzer aufgeworfenen Fragen und Problemen auseinander und legt seine Sicht auf die Dinge dar bzw. informiert über aktuelle Entwicklungen (z. B. Personalprobleme durch zusätzliche Aufgaben, Seniorenzentrum Meuselwitz, Tannenfeld). Abschließend bittet der Landrat noch einmal, dem HH zuzustimmen.

Nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen bittet er um die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Frau K. Klaubert, stellv. Ausschussvorsitzende, teilt mit, dass der Ausschuss gemeinsam mit dem Kreisausschuss am 5.3. erneut zum HH beraten hat. Der Änderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen und anschließend gab es die mehrheitliche Empfehlung zur Beschlussfassung durch den KT.

Der Vorsitzende stellt den HHPI unter Beachtung der heute übergebenen Austauschblätter zur Abstimmung.

Durch den Kreistag wird der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 170:

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Jahr 2012 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 37 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 27 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/167/2012

TOP 2 Finanzplan einschließlich Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 des Landkreises Altenburger Land

Der Vorsitzende ruft die KTS-DS/167/2012 auf und stellt sie zur Diskussion. Er weist darauf hin, dass die neue Anlage zur Drucksache den Seiten 407 - 412 der übergebenen Austauschblätter entspricht.

Es gibt keine Diskussion.

Der Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich (2 Enthaltungen), dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, informiert Frau K. Klaubert.

Der Vorsitzende bittet bei Einverständnis mit dem Finanzplan einschl. Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 um das Handzeichen.

Der Kreistag fasst daraufhin den nachstehenden Beschluss.

Beschluss Nr. 171:

Der Kreistag beschließt den Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 37 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 33 Ja-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen gefasst.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:43 Uhr.

Altenburg, den 17.04.2012

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Fritz Schröter
Vorsitzender des Kreistages

Mareile Köhler
Büro des Kreistages